



# Lage in der LDPD

9. November 1956

Information Nr. 320/56 – Betrifft: Zur Lage in der LDPD

## Quelle

BStU, MfS, AS 84/59, Bl. 280–282 (9. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Grotewohl, Ulbricht, Matern, Schirdewan – MfS: Mielke, Beater, Last, Markus Wolf, Ablage.

Die nachstehende Einschätzung befasst sich hauptsächlich mit der Stimmung

- a) zu Ägypten,<sup>1</sup>
- b) zu Ungarn,<sup>2</sup>
- c) zum Kontakt zwischen LDP und FDP<sup>3</sup>

und einigen, wahrscheinlich zum Teil davon abgeleiteten Forderungen wie Veränderung der Parteiführung und deren Politik, mehr Selbstständigkeit für die LDP usw.

Die große Mehrheit der LDP-Mitglieder lehnt den Überfall – besonders durch England und Frankreich – auf Ägypten ab, meist mit den Begründungen, dass dadurch ein Dritter Weltkrieg heraufbeschworen werden kann, dass der Übergriff rechtswidrig und Ausdruck der immer mehr auf Schwierigkeiten stoßenden Kolonialpolitik Englands und Frankreichs ist, dass Ägypten mit Recht seine Souveränität verteidigt und siegen müsste. Nur wenige Stimmen billigen den Überfall und berufen sich dabei auf den Vertrag, der von Ägypten gebrochen worden sei.<sup>4</sup> Die Äußerungen – positiver und negativer Art – unterscheiden sich in keiner Weise von den bisher berichteten Argumenten der übrigen Bevölkerung.

Bedeutend unterschiedlicher sind die Stellungnahmen zu den Ereignissen in *Ungarn*. Da zurzeit noch ein großer Teil mit seiner Meinung zurückhält, kann zwar nicht genau eingeschätzt werden, welche Argumente überwiegen; aber die negativen sind zahlreich. Oft ist dabei die Unsicherheit verratende Tendenz »wenn (oder ob) es bei uns anders kommt?« zu bemerken, bzw. ist hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Auch die Information durch Presse und Rundfunk wird von vielen LDP-Mitgliedern bemängelt und – neben dem Bedürfnis »objektiv« zu sein – als Ursache hingestellt, dass viele sich durch die Westsender orientierten. Parallelen westlichen Einflusses drücken sich dann auch, besonders wo das Vertrauen in das sozialistische Lager schwach ist oder fehlt, in den Diskussionen aus. Folgende Argumente werden angeführt:

- Was wollen die sowjetischen Truppen in Ungarn? (allgemein verbreitet)
- Die Ungarn wollen nur frei wählen – wir auch (Cottbus)
- Die Revolution wird endlich auch bei uns die Freiheit einziehen lassen (Forderung nach einem neuen Wahlgesetz englischen und französischer Muster) (Frankfurt/O.)
- Die Unruhen in Ungarn werden von Tito<sup>5</sup> – Jugoslawien aus geleitet. (Leipzig)

Die positiven Stimmen ähneln alle den bereits bekannten und berichteten und sind in allen Bezirken und Kreisen vorhanden.

Die *Kontaktaufnahme zwischen LDP und FDP* wird im Prinzip von fast allen LDP-Mitgliedern als eine gute Maßnahme angesehen. Doch um sie erfolgreich zu verwirklichen,

- »müssten auch die unteren Verbände Gespräche führen«,
- »müssten von beiden Partnern Kompromisse geschlossen werden« (Potsdam),
- »müsste die LDP große Vollmachten haben und hätte sie sich nicht an den demokratischen Block<sup>6</sup> binden dürfen« (Halle),
- »müssten FDP-Referenten in den Mitgliederversammlungen sprechen« (Karl-Marx-Stadt),
- »dürfte die LDP kein Anhängsel der SED sein« (Karl-Marx-Stadt).

Unter diesem Aspekt sind auch die folgenden Anzeichen zu sehen, die auf eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der LDP bzw. deren Verweichlichung und Schwächung im schlechten Sinne hinweisen. Wenn es sich auch noch um Einzelercheinungen handelt, können diese doch eine große Resonanz finden:

- In der LDP-Ortsgruppe Löbejün, [Bezirk] Halle, forderte man, dass Dr. Loch <sup>7</sup> als Parteivorsitzender zurücktreten soll. Falls der Kreisvorstand dies nicht unterstützt, will man geschlossen die Mitgliedsbücher abgeben. (Parteifreund Dr. Dieckmann<sup>8</sup> wird von den Mitgliedern sehr geschätzt und als eine alle anderen Politiker und Diplomaten der DDR überragende Persönlichkeit angesehen.)
- Im Bezirk Suhl erklärte ein Mitglied, dass bald eine Spaltung der Partei eintreten würde und eine Gruppe bereits einmal in Bad Salzungen getagt hätte. Die nächste Zusammenkunft soll Anfang bis Mitte November in Bad Liebenstein erfolgen.
- In einer Mitgliederversammlung in Kütten, [Bezirk] Halle, wurde die Rehabilitierung und Wiederaufnahme Dr. Hamanns <sup>9</sup> verlangt.
- Im Kreisgebiet Finsterwalde, [Bezirk] Cottbus, und [in] Fienstedt, [Bezirk] Halle, erklärten die Mitglieder, dass die Parteileitung zu feige sei, Neuwahlen zu veranlassen.
- In der Ortsgruppe Gößnitz, [Bezirk] Leipzig, trat der Vorsitzende aus und löste die Ortsgruppe auf. Die Mitgliedsbücher gab er innerhalb der Umtauschaktion zurück. Ein anderes Parteimitglied trat mit der Bemerkung aus: Wir erklären uns mit Westdeutschland in der Trauer um die Freiheitsbewegung in Ungarn solidarisch.

1

Gemeint ist der Sueskrieg, der am 29. bzw. 31.10.1956 mit dem Einmarsch israelischer Truppen in den Gazastreifen und auf die Sinai-Halbinsel sowie der Bombardierung ägyptischer Flughäfen durch die britische und französische Luftwaffe begann. Die Sowjetunion stand in dem Konflikt auf der Seite Ägyptens und drohte am 5.11.1956 mit militärischem Eingreifen; einen Tag später stellten Frankreich, Großbritannien und Israel die Kampfhandlungen ein.

2

Gemeint ist der Volksaufstand in Ungarn, der am 23.10.1956 mit Demonstrationen in Budapest begann, die sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land ausweiteten. Bereits am Abend des 23.10. bat Parteichef Ernő Gerő die sowjetische Armee um Hilfe. Am 24.10. wurde die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erfüllt, am 25.10. wurde Parteichef Gerő durch Janos Kádár ersetzt. Zeitgleich kam es zu Angriffen auf die Demonstranten, bei denen etwa 200 Personen getötet wurden. Am 30.10. bildete Nagy eine Mehrparteienregierung und am 1.11. erklärte er die Neutralität Ungarns und den Austritt aus dem Warschauer Pakt. Am 4.11. wurde Nagy als Ministerpräsident abgesetzt und durch Kádár ersetzt, die sowjetische Armee griff erneut ein. Bis zum 15.11. gab es heftige Kämpfe im Land, denen aufseiten der Aufständischen etwa 2 500 Menschen zum Opfer fielen. In den folgenden Wochen wurden Oppositionelle scharf verfolgt, etwa 200 000 von ihnen flohen ins westliche Ausland. Vgl. dazu u. a. Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 127–136.

3

Im Sommer 1956 begann eine Reihe von halboffiziellen Kontakten und Gesprächen zwischen führenden Funktionären von FDP und LDPD, in denen Möglichkeiten der Annäherung u. a. in deutschlandpolitischen Fragen ausgelotet werden sollten. Vgl. dazu ausführlich Engelmann, Roger: Bruchige Verbindungen. Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956–1966. In: Ders.; Erker, Paul: Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969. München 1993, S. 13–132.

4

Am 26.7.1956 verstaatlichte der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser unter Bruch internationalen Rechts den Sueskanal, zwölf Jahre vor Ablauf der Konzession der Kanalgesellschaft; dabei sicherte er die Entschädigung der Aktionäre der Kanalgesellschaft sowie die Gewährung der freien Durchfahrt zu.

5

Josip Broz Tito, Jg. 1892, 1943–53 als Ministerpräsident und 1953–80 als Staatspräsident kommunistischer Diktator von Jugoslawien. Im Jahr 1948 war es zum Bruch zwischen Stalin und Tito gekommen; Chruschtschow verfolgte nach 1955 eine Politik der Wiederannäherung an Jugoslawien.

6

Im »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« (kurz: Demokratischer Block) schlossen sich im Juli 1945 die damals in der SBZ zugelassenen Parteien KPD, SPD, LDPD und CDU zusammen, DBD und NDPD traten nach ihrer Gründung 1948 ebenfalls dem Block bei. Der Demokratische Block war Ausdruck der Bündnispolitik der SED, die ihn spätestens seit 1948 dominierte; Beschlüsse wurden grundsätzlich einstimmig gefällt. Nach der Gründung der DDR verlor der Block gegenüber der Nationalen Front zunehmend an Bedeutung.

7

Hans Loch, Jg. 1898, LDPD-Politiker, 1951–60 Vorsitzender der LDPD, 1950–60 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, 1954–60 Vorsitzender des Ausschusses für Deutsche Einheit, 1949–60 Abgeordneter der Volkskammer.

8

Johannes Dieckmann, Jg. 1893, LDPD-Politiker, 1949–69 stellvertretender Vorsitzender der LDPD und Präsident der Volkskammer der DDR.

9

Karl Hamann, Jg. 1903, 1948–52 Minister für Handel und Versorgung, 1949–52 Ko-Vorsitzender der LDPD, im Dezember 1952 Verhaftung unter dem Vorwurf, die »planmäßige Versorgung der Bevölkerung sabotiert« zu haben, 1954 Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus. Im Oktober 1956 wurde Hamann begnadigt und aus der Haft entlassen, im Mai 1957 flüchtete er in die Bundesrepublik.

© Copyright by BStU. Alle Rechte vorbehalten.